



OBERRHEINRAT

**Sitzung der Plenarversammlung
am 6. Juni 2016 von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr im Rathaus Basel**

Sitzungsprotokoll

Herr Helmut HERSBERGER:

Meine sehr verehrten Damen und Herren Oberrheinräte, liebe Gäste, ich verzichte darauf unsere Gäste einzeln zu begrüßen, sonst müßte ich eigentlich auch die Oberrheinräte mit ihren zahlreichen Funktionen aufzählen und das würde einen Großteil unserer Sitzungszeit in Anspruch nehmen. Aber ich heiße Sie alle sehr herzlich willkommen! Ich sehe, dass, nach verschiedenen Wahlen der letzten Monate, etwa ein Drittel von Ihnen neu ist. Ich werde also versuchen die Sitzung so zu führen, dass Sie sich alle thematisch und formal rasch zurechtfinden. Herzlich willkommen hier in Basel in diesem wunderschönen Saal des Grossen Rates. Sie haben vielleicht gar nicht bemerkt, wer Sie per Glocke gebeten hat, sich in den Saal zu begeben. Das war der Präsident des Regierungsrats Basel-Stadt, Guy MORIN. Herzlichen Dank für diese etwas unkonventionelle Unterstützung des Oberrheinrates!

Ich freue mich, dass Guy MORIN, dieses Jahr auch Präsident der Oberrheinkonferenz (ORK), Zeit gefunden hat bei uns zu sein. Er wird nachher über die aktuellen Arbeiten der ORK orientieren. Ebenso unter uns ist Bärbel SCHÄFER, die Regierungspräsidentin von Freiburg. Es ist schön, dass sie sich die Zeit genommen hat, uns über die Trinationale Metropolregion Oberrhein à jour zu führen.

Wenn ich auf meine gut zehn Jahre grenzüberschreitende Zusammenarbeit zurückblicke, dann stelle ich immer wieder eines fest: Es türmen sich am Anfang eines grenzüberschreitenden Projekts massive Widerstände von Eigeninteressen, Mißverständnissen, Unklarheiten und institutionellen Hindernissen auf, welche die Umsetzung des Projekts schlicht und einfach erschweren. Und trotzdem – der Zuschauer ist fasziniert –, auf einmal greifen in letzter Minute andere Akteure den Ball auf, lancieren eine neue Diskussion, auf einmal beginnt dieses Pflänzchen des grenzüberschreitenden Projekts zu wachsen und zu blühen. Es entsteht ein veritables Projekt mit guten Chancen auf Realisierung. Auf einmal werden institutionelle Kräfte geweckt, wie z.B. INTERREG, die in der Lage sind, dem Projekt zum Durchbruch zu verhelfen.

Wir dürfen auf das bisher Erreichte am Oberrhein auch ein bißchen stolz sein. So haben wir zahlreiche Brücken gebaut, und zwar sowohl physische wie mentale. Wir haben wichtige Verkehrsprojekte geplant und realisiert, haben Forschungsprojekte lanciert und Universitäten koordiniert, nützliche Dienste für den Bürger eingerichtet, wie z.B. Infobest, oder die Mehrsprachigkeit auch in Frankreich *tout juste* am Leben erhalten.

Haben Sie dieser Tage die Berichterstattung zum Schweizer Jahrhundertwerk, dem neuen Gotthardbasistunnel verfolgt? Mir ist eines aufgefallen: den Schweizern wurde Präzisionsarbeit, Hartnäckigkeit und Ausdauer attestiert. Genau diese Charaktereigenschaften, meine Damen und Herren, sind es, die uns auch in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit weitergebracht haben und weiterbringen werden: Präzisionsarbeit, Hartnäckigkeit und Ausdauer.

Deshalb bitte ich Sie in Bezug auf unsere zahlreichen grenzüberschreitenden Projekte, ob sie jetzt Rheintalbahn, Elektrifizierung der Hochrheinstrecke, Bahnanschluss für den EuroAirport, Ausbau der Regio S-Bahn Basel oder Mehrsprachigkeit heißen oder ob es sich um die Resolutionen handelt, die wir heute noch behandeln werden: Schmieden Sie Allianzen, tragen Sie die Unterstützung in Ihre jeweiligen Parlamente und weiteren Gremien. Insbesondere, geben Sie nicht auf, wenn Sie Widerstand spüren. Die Region am Oberrhein zählt auf Ihre präzise Arbeit, Ihre Hartnäckigkeit und Ihre Ausdauer.

Sie alle, meine Damen und Herren, sind grenzüberschreitende Botschafter der Region Oberrhein. Die Bürger erwarten von Ihnen, dass Sie sich für diese Region mit ganzem Herzen einsetzen. Unsere Region hat immer von solchen Persönlichkeiten gelebt. Unvergessen in guter Erinnerung bleibt uns Adrien ZELLER. Huguette ZELLER führt seine Arbeit weiter und ist unter uns. Aber auch Peter SCHAI *ici présent*, oder der frühere Landtagspräsident Baden-Württembergs, Peter STRAUB, waren wichtige Zugpferde.

Von Peter STRAUB habe ich vor kurzem ein bemerkenswertes Papier gefunden. Er verlangte für den Oberrheinrat – und das im Jahr 2004 – dass die Kommissionen die Erfolgskontrolle über verabschiedete Resolutionen übernehmen und die Aufsicht über die Stellungnahmen der Adressaten verstärken. Er schließt seinen Appell mit dem Erich Kästner-Zitat: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Ich hoffe, Sie werden alle diesem Aufruf zur Tat folgen, indem Sie den heute vorliegenden Resolutionen zum Durchbruch verhelfen und anschließend dafür sorgen, dass die Regierungen gar nicht umhin kommen entsprechende Maßnahmen zu planen und umzusetzen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit, insbesondere auch mit den zahlreichen neuen Mitgliedern.

Der Vorstand des Oberrheinrats hat am 9. Mai in Rheinfelden getagt – in Schweiz-Rheinfelden und badisch Rheinfelden. Die beiden Städte stehen ja beispielhaft für eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Schweiz-Rheinfelden hat dieses Jahr auch den Wakker-Preis, die wichtigste Schweizer Heimatschutz-Auszeichnung, gewonnen; dies explizit, weil die beiden Rheinfelden seit langem eine exemplarische Zusammenarbeit in der Stadtplanung und im Zusammenleben pflegen. Machen Sie weiter so!

Aktiv waren in den letzten Wochen und Monaten auch unsere Helferinnen und Helfer der technischen Ebene. Sie haben die Webseite des Oberrheinrats totalüberarbeitet und die News und weitere Informationen ausgebaut. Besuchen und nutzen Sie die Seite!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich proklamiere den heutigen Tag zur Arbeitssitzung, weil ich will, dass die Ideen und Ziele des Oberrheinrats erkannt werden und unsere Arbeit hierzu umgesetzt wird. Wir haben im Vorstand und in den Kommissionen einen Anfang gemacht und möchten diese Arbeit jetzt vervollständigen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Applaus)

Die Tagesordnung liegt vor. Gibt es Widerstände, Ergänzungen, Fragen? Keine. Dann ist diese Tagesordnung so genehmigt.

Trakt. 2: Genehmigung des Protokolls zur Plenarversammlung vom 6. November 2015

Das Protokoll wurde Ihnen zugeschickt. Gibt es Fragen oder Ergänzungen? Nein. Dann ist dieses Protokoll mit herzlichem Dank an die Verfasser genehmigt.

Trakt. 3: Ersatzwahlen in den Vorstand

Wir hatten kurzfristig gleich drei Vorstands-Mutationen entgegenzunehmen. Der Vorstand schlägt Ihnen entsprechend drei neue Mitglieder vor. Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir diese drei Personen zusammen wählen. Sie wissen, dass jeweils die Länderdelegation entsprechende Vorschläge ausarbeitet, der Vorstand und dann die Plenarversammlung diese Vorschläge genehmigt.

Wir haben drei Mutationen: Einerseits, aus der Delegation Frankreich, den Rückzug des langjährigen, treuen Kämpfers Philippe RICHERT aus dem Vorstand. Er soll durch Frédéric PFLIEGERSDOERFFER, den Sie links vor mir sehen, ersetzt werden. Philippe RICHERT entlassen wir natürlich mit einem weinenden Auge, aber wir geben ihm auf jeden Fall mit (und das darf Frédéric PFLIEGERSDOERFFER zurücktragen), dass wir fest davon ausgehen, dass er sich weiterhin mit aller Kraft für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein engagiert. Der Dank sei ihm gewiss für seine bisherige Arbeit, die er sehr gewissenhaft wahrgenommen hat.

Wir haben eine zweite Mutation, nämlich das Vize-Präsidium der Delegation Baden-Württemberg. Dort scheidet infolge der Wahlmutationen Willi STAECHLE aus dem Vorstand aus und soll durch Josha FREY (der hier vor mir sitzt) ersetzt werden. Er soll das erste Vize-Präsidium übernehmen und damit, das sei gesagt, ist er auch designiert für das Präsidium für das nächste Jahr. Auch Willi STAECHLE danken wir für seinen unermüdlich geleisteten Einsatz.

Anstelle von Josha FREYs Position im Vorstand, die jetzt frei wird, möchten wir Frau Sylvia FELDER als neues Vorstandsmitglied begrüßen. Sie ist das erste Mal unter uns. Herzlich willkommen und auf gute Zusammenarbeit!

Ich wäre jetzt froh, wenn die drei Neuen kurz zwei Worte zu ihrer Person und ihrer Motivation im Oberrheinrat sagen würden. Darf ich mit Ihnen beginnen, Herr PFLIEGERSDOERFFER?

Herr Frédéric PFLIEGERSDOERFFER:

Danke, Herr Vorsitzender. Ich möchte Sie alle begrüßen und darf Ihnen auch die Grüße von Philippe RICHERT überbringen. Es wurde soeben an sein starkes Engagement für die grenzüberschreitenden Fragestellungen erinnert, aber auch an die Tatsache, dass er seit kurzer Zeit neue Verantwortungen auf einer – vor allem für das Elsaß – noch nie dagewesenen Ebene übernommen hat. Ich möchte auch gleich hinzufügen, Herr Präsident, dass wir uns dem, was Sie gerade in Bezug auf den Eifer, mit dem wir weiterhin zugunsten dieser grenzüberschreitenden Angelegenheiten arbeiten werden, gesagt haben, voll und ganz anschließen.

Ich bin neu gewählt innerhalb der Regionalversammlung, die bald den Namen Grand Est tragen sollte. Beruflich bin ich Lehrer für Geschichte und Geographie an einem französischen Lyzeum, einer staatlichen Einrichtung. Was mich aber vor allem an die Seite von Philippe RICHERT und seiner Mehrheitsfraktion gebracht hat, ist mein Engagement auf kommunaler Ebene, denn ich bin gleichzeitig Bürgermeister und Vorsitzender eines Gemeindeverbands am Rhein. Es handelt sich um Marckolsheim, eine kleine Gemeinde, gegenüber von Sasbach, Baden-Württemberg gelegen. Ich bin zudem auch Vorsitzender des Pays d'Alsace centrale, eines Fördervereins im Dienste der Gebietskörperschaften, in dem grenzüberschreitende Fragen einen Großteil der Tagesordnung ausmachen. Ich danke Ihnen jetzt schon für die Aufnahme.

(Applaus)

Herr Josha FREY:

Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich lebe seit 36 Jahren im Oberrheingraben und seit 26 Jahren hier in der Region in Lörrach und jetzt in Kandern, mit meiner Familie. 24 Jahre habe ich im Kanton Basel-Stadt gearbeitet, was heute ein bißchen Heimkommen bedeutet. Ich freue mich, viele bekannte Gesichter zu sehen. Groß geworden auf der politischen Ebene bin ich im Trinationalen Eurodistrict Basel, der vor einigen Jahren gegründet wurde und m.E. eine gute Entwicklung genommen hat. Seit 2011 bin ich im Landtag Baden-Württemberg und auch im Oberrheinrat Vertreter (aus der Mitte des Landtags gewählt) und seit letztem Jahr im Vorstand.

Der Oberrhein ist für mich ein Stück weit Musterregion für gelungene europäische Integration, wo wir in den letzten Jahren immer mehr den sog. Grenzwiderstand abbauen konnten und zwar auch mit gelungenen Projekten, welche die Menschen zusammenführen. Im Mittelpunkt steht: Welcher Perimeter, welche Verwaltungsebene gibt zur Lösung der bestehenden Probleme die besten Antworten? Das sollte für uns Maßstab sein: genau diese Perimeter zu definieren, die uns bei den anstehenden Aufgaben helfen. Wir sind damit auch Beispiel für andere Regionen in Europa, die bei weitem nicht so gut kooperieren wie wir, auch nicht die lange Erfahrung seit Adenauer und De Gaulle haben. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir unsere Botschaft der Zusammenarbeit in andere Regionen Europas tragen.

Ich möchte es nicht versäumen an dieser Stelle ebenfalls meinem Vorgänger Willi STAECHELE zu danken, der sich sehr verdient für die Zusammenarbeit gemacht hat. Er sagte mir letzte Woche, er wolle den Weg frei machen für jüngere Gesichter, wobei er mich da bestimmt nicht dazuzählte (*Lachen im Saal*). Aber ich sehe, wir haben durch die Wahlen im März einige Verjüngungen in der Delegation Baden-Württemberg. Vielen Dank.

(Applaus)

Frau Sylvia FELDER:

Herr Präsident, meine Damen und Herren,
ich möchte mich gern vorstellen: ich bin 59 Jahre alt, verheiratet, habe drei Kinder. Von Beruf bin ich Rechtsanwältin. Ich bin jetzt ganz neu gewählt im Landtag. Ich komme aus der Grenzregion, aus Rastatt. Ich bin dort seit 20 Jahren im Kreistag tätig und auch in meiner Heimatgemeinde Gernsbach. Die europapolitischen Themen der Grenzregion interessieren mich aus kommunalpolitischer Sicht. Ich möchte versuchen, diese Themen im Landtag und hier im Oberrheinrat einzubringen, mein Interesse für Europa insgesamt zum Ausdruck bringen und dazu beitragen, dass die Kommunen und die Regionen weiter zusammenwachsen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mich heute in den Vorstand wählen könnten. Mein Herz ist für Europa offen.

(Applaus)

Herr HERSBERGER:

Nachdem niemand Widerspruch geäußert hat, die Wahl gemeinsam durchzuführen, schlage ich Ihnen vor, dass wir diese drei Personen gemeinsam mit Akklamation in ihrem Vorstandsamt bestätigen.

(Applaus)

Auf gute Zusammenarbeit! Wir kommen zu

Trakt. 4: Aktuelles aus der Arbeit der Oberrheinkonferenz

Bevor ich das Wort Guy MORIN, dem Präsidenten der ORK und Regierungspräsident von Basel-Stadt übergebe, möchte ich ein paar Vorbemerkungen machen.

An der letzten Plenarversammlung sagte ich, dass ich mir vornehme, die Zusammenarbeit mit der ORK zu intensivieren. Und wo ein Wille ist, ist ein Weg. Wir haben am 29. Februar eine vielbeachtete Präsentation in Basel durchgeführt, an der auch einige von Ihnen

mitgewirkt haben, wo wir die drei wichtigen grenzüberschreitenden Verkehrsprojekte „Herzstück“ – der Ausbau der trinationalen S-Bahn Basel – den Bahnanschluss an den EuroAirport und die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke thematisiert haben. Zu dieser Sitzung haben die Präsidenten von Oberrheinkonferenz und Oberrheinrat gemeinsam eingeladen und sie gemeinsam durchgeführt.

Im Dezember dieses Jahres wird unsere Plenarversammlung gemeinsam mit der ORK durchgeführt. Wir werden nicht nur am selben Ort tagen, sondern uns nach einem ersten separaten Teil beim Lunch treffen und dann gemeinsam einen prominenten Glanzredner anhören, den Schweizer Chefunterhändler mit der EU, Diplomat Jacques DE WATTEVILLE, der uns über die Arbeit mit Europa einiges aus einer anderen Sicht erzählen kann.

Ich möchte hier Guy MORIN bereits herzlich für die gute Zusammenarbeit danken.

Ebenfalls zu erwähnen ist, dass die Kommissionen von ORR und ORK dem Wunsch, enger zusammenarbeiten, immer besser nachkommen. Als Wunsch gilt, dass eine Kommission immer den Präsidenten der Schwesterkommission einlädt. Ich könnte noch weiterfahren, leite aber lieber zu Guy MORIN über, der nun zu uns sprechen wird.

Herr Guy MORIN:

Herr Präsident, sehr verehrte Vertreterinnen und Vertreter des Oberrheinrates, meine Damen und Herren,
Lieber Helmut, ganz herzlichen Dank für Deine freundliche Einführung.

Es ist eine Koinzidenz, dass in diesem Jahr sowohl ORR wie ORK von einem Basler präsiert werden und dies gibt wirklich Opportunitäten. Es ist toll, dass wir diese Opportunitäten nutzen und die Zusammenarbeit von ORR und ORK verstärken können. Weshalb tun wir das?

Power-Point Präsentation: Aktuelles aus der Arbeit der Oberrheinkonferenz

Ich bin überzeugt, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in unserem Raum, im Oberrhein, vor großen Herausforderungen steht. Ich denke an die Migrationsströme, die dazu führen, dass in vielen Ländern – auch in der Schweiz – ein Reflex des Rückzugs in die eigenen Grenzen stattfindet und dass Grenzen wieder geschlossen werden. Sie kennen die Diskussion am Brenner, sie kennen die Diskussion auch in der Schweiz. In der Schweiz wird diskutiert, wieder Grenzkontrollen einzuführen, die Grenzschutz zu verstärken, Militär an die Grenzen zu verschieben etc. Das sind Entwicklungen, die unsere Arbeit in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erschweren. Diese politischen Reflexe haben auch dazu geführt, dass in der Schweiz im Februar 2014 die Masseneinwanderungsinitiative angenommen wurde. Wir sind jetzt daran zu diskutieren, wie wir diese Initiative bzw. den Bundesverfassungsartikel 121A umsetzen wollen. Das wird das Verhältnis der Schweiz zur EU prägen, je nachdem auch die Personenfreizügigkeit in Frage stellen.

Eine andere Herausforderung ist die neue Région Grand Est. Die Territorialreform in Frankreich hat dazu geführt, dass die Région sich total verändert hat. Wir haben zum Teil immer noch die gleichen Ansprechpartner hier im Raum, aber sie sind nicht mehr so verfügbar, weil die Région derart groß ist. Ich kann Ihnen versichern, einen Termin mit Philippe RICHERT zu finden ist nicht einfach und ist nicht einfacher geworden. Aber wir werden es schaffen. Ich bin überzeugt, dass ich ihn noch in diesem Jahr treffen kann.

Aber auch die Wahlen in Baden-Württemberg haben neue Ansprechpersonen und eine neue schwarz-grüne Koalition... Entschuldigung, eine grün-schwarze Koalition ... geschaffen. (*Lachen im Saal*) ...Entschuldigung, wenn ich einen diplomatischen Fehler begangen habe, aber ich bin selber Grüner, also ist er weniger schlimm... Also und das ist meine Botschaft: Wir müssen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verstärken und uns alle gemeinsam anstrengen, dass wir das Erreichte fortsetzen und unsere Zusammenarbeit noch verbessern können. Dazu ist die engere Zusammenarbeit von Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz und das Programm der ORK zentral.

Ich möchte zum ersten Schwerpunktthema der ORK in diesem Jahr kommen. Da geht es um den Wirtschaftsstandort und Basel-Stadt als Wirtschaftsstandort der Life-Science Industrie. Ich kann Ihnen sagen: Wir sind vom grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt Oberrhein abhängig. Hunderttausend Grenzgänger gehen jeden Tag über die Grenze, arbeiten in einem anderen Land. Allein 70.000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger kommen jeden Tag in den Wirtschaftsraum Nordwestschweiz: je etwa 35.000 aus Deutschland und 35.000 aus Frankreich. Unser Wirtschaftsraum ist von ihnen abhängig. Der Erfolg des Wirtschaftsraums Oberrhein sind die offenen Grenzen. Ich wiederhole es immer wieder: Es gibt wahrscheinlich keinen Kanton in der Schweiz, der so stark von den bilateralen Verträgen mit der EU profitiert hat wie Basel-Stadt. Wir müssen alles daran setzen, dass die bilateralen Verträge Schweiz - EU erhalten bleiben. *(Applaus)*

Wir haben deshalb den Dialog „Arbeitsmarkt Oberrhein 2030“ institutionalisiert. Ich habe mich mit allen Vorsitzenden der thematischen Arbeitsgruppen getroffen und werde mich am 27. Juni auch mit den Spitzenkräften der Handelskammern am Oberrhein treffen. Also, das Thema Arbeitsmarkt Oberrhein wollen wir vorantreiben. Dazu braucht es auch die EURES-T und die Infobesten am Oberrhein und wir wollen die Zusammenarbeit zwischen dem EURES-T Netzwerk und dem Infobest-Netzwerk verstärken. Ebenso die trinationalen Ausbildungsgänge und die gegenseitige Anerkennung der Ausbildungen verstärken; das EUREGIO-Zertifikat ist eines der Themen.

Ein weiteres Thema ist Klima und Energie. Sie wissen, wir haben mit INTERREG IV schon das TRION-Netzwerk starten können. Mit INTERREG V wollen wir mit TRION die Klimaschutzstrategie der ORK umsetzen. Wir wollen im November einen 2. Klima- und Energiekongress in Lörrach durchführen; der erste Energiekongress fand 2015 in Liestal statt. Wir wollen auch neue Themen wie einen Black-out (Stromausfall), Ressourceneffizienz usw. miteinander angehen.

Gesundheitsversorgung ist ein schwieriges Thema der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, weil – Sie wissen es – die Unterschiede der Regulierungen, aber auch die Preisunterschiede dermaßen gross sind. Wir haben mit dem Landkreis Lörrach Pilotprojekte starten können, die sehr gut funktionieren und wollen mit einem INTERREG-V Projekt TRISAN eine Plattform schaffen, in der Daten über die Versorgungssituation, aber auch die Regulierungen in den verschiedenen Ländern, gesammelt werden. Von dieser Datengrundlage aus wollen wir neue Kooperationsfelder in der Gesundheitsversorgung entwickeln können. Der Projektantrag für TRISAN ist beschlussreif.

Der Fachkräftemangel ist in allen dienstleistenden Bereichen der Gesundheitsversorgung ein ganz großes Thema. Wir sind uns bewusst, dass die Spitäler der Nordwestschweiz auch Fachkräfte aus Deutschland und Frankreich abziehen bzw. anziehen. Wir müssen diesem Fachkräftemangel im Bereich der Gesundheitsversorgung gemeinsam entgegenwirken und haben deshalb eine Veranstaltung im November geplant. Auch die Gesundheitsförderung ist ein Thema.

Eine ganz zentrale Rolle am Oberrhein spielen auch die Infrastrukturen. Helmut HERSBERGER hat es schon erwähnt, wir haben vor fünf Tagen den Gotthard-Basistunnel eröffnet, ein Riesenwerk, 57 km lang, 17 Milliarden teuer, über 17 Jahre Bauzeit. Aber dieses Teilstück, Frau MERKEL, Herr HOLLANDE, Herr RENZI haben es alle an der Eröffnung klar gesagt: Das ist das Herz. Es fehlen aber noch gewisse zuführende oder abführende Gefässe wie die Aorta oder die Vena Cava usw. Sie wissen, ich bin Arzt und kenne mich ein wenig in der Anatomie aus. Also, es braucht die Rheintalbahn, es braucht den Ceneri und es braucht andere Zufahrtsstrecken, damit das Ganze funktioniert.

Zur Elektrifizierung der Hochrheinstrecke: Ich habe mit sehr großer Freude lesen können, dass dieses Projekt im Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Koalition in Baden-Württemberg enthalten ist und dass ein Memorandum of Understanding in Planung ist, auch für den Finanzierungsschlüssel dieses 160 Mio € Projektes.

Ein weiteres Projekt ist der Schienenanschluss an den EuroAirport. INTERREG V konnte das Vorprojekt finanzieren und lancieren. Die Pläne werden ausgearbeitet. Auch dieses Projekt müssen wir in den nächsten Jahren umsetzen.

In der trinationalen Region Basel planen wir ausserdem ebenfalls ein zentrales Verkehrs-Herzstück, das wir auch „Herzstück“ nennen. Es ist eine Verbindung unserer Regio S-Bahn zwischen dem Bahnhof Basel SBB und dem badischen (deutschen) Bahnhof. Teil dieses grenzüberschreitenden Projekts ist ein Tunnel, der zwar nicht gerade 17 Milliarden wie der Gotthard, aber doch 1,5 bis 2 Milliarden Franken kosten wird. Das Herzstück wird unser Regio S-Bahnnetz grenzüberschreitend mit der Wiesentalbahn entlang des Hochrheins, entlang des Rheingrabens nach Mulhouse und Colmar, nach Rheinfelden/Aargau usw. verbinden und uns noch näher zusammenführen. In der näheren Regio ist ein 15 Min. Takt geplant. Wir haben am 26./27. April einen trinationalen Bahnkongress durchgeführt und das Herzstück-Projekt mit dem Titel „trireno“ starten können.

Weitere Themen der ORK-Präsidentschaft in diesem Jahr: Natürlich Umwelt und Landwirtschaft. ERMES ist ein Programm, bei dem es um Grundwasserqualität im Oberrhein geht; es ist ebenfalls ein INTERREG-Projekt.

Im Bereich Kultur, Bildung und Forschung erwähne ich nur ein Projekt, das mir sehr am Herzen liegt, und gleiches gilt für Bärbel SCHÄFER, wie ich weiß: Das ist der EUROPEAN CAMPUS, ein EVTZ, der am 11. Mai dieses Jahres gegründet wurde. Alle unsere Universitäten sind daran beteiligt. Auch der Campus ist ein INTERREG-Projekt. Die Forschungsk Kooperation am Oberrhein muss funktionieren. Sie ist durch die Annahme der Schweizer Masseneinwanderungsinitiative jedoch sehr erschwert worden, denn als Folge sind wir aus der Horizon 2020-Forschungsk Kooperation der EU ausgeschlossen worden. Wir müssen entsprechend nach Alternativen suchen, wollen aber wenn immer möglich zu Horizon 2020 zurückkommen. Das hängt jedoch von der Umsetzung der Initiative ab. Am 3. Mai fand ausserdem eine Tagung zur Mehrsprachigkeit statt.

Die Governance am Oberrhein hat Helmut HERSBERGER schon erwähnt. Die Tatsache, dass im Dezember Herr DE WATTEVILLE zu unserer gemeinsamen Zusammenkunft ORK-ORR kommen wird, ist schon ein Zeichen. Er ist Chefunterhändler der Schweiz mit der EU, also nicht irgendwer. Ich hoffe, dass wir bis dann innerhalb der Schweiz bei den Plänen der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative etwas weiter sind. Die Kantone setzen sich dafür ein, dass eine qualitative Schutzklausel *bottom-up* durch die Regionen eingeführt wird. Das ist ein Modell, von dem wir überzeugt sind, dass es mit den Bilateralen und mit der Personenfreizügigkeit kompatibel ist. Es ist relativ weit weg vom Verfassungsartikel, aber die Schweiz ist kreativ bei der Umsetzung ihrer eigenen Verfassung. Das war beim Alpenschutz-Artikel und bei anderen Artikeln so. Wir hoffen also, eine Lösung zu finden.

Wichtige Termine 2016 sehen Sie auf der Folie: **17. Juni 2.** ORK-Präsidium in Porrentruy (JU); **17. September** Bürgerdialog der Säule Zivilgesellschaft in Freiburg i.B.; **7. November** D-F-CH Regierungskommission in Basel; **17. November** Veranstaltung zum Fachkräftemangel in Gesundheitsberufen in Basel; **25. November 2.** Trinationaler Energie-Kongress in Lörrach; **9. Dezember** ORK-Plenum, gemeinsam mit der ORR-Plenarversammlung, in Liestal/BL

Fazit: Unsere Zusammenarbeit ist anspruchsvoll. Die Rahmenbedingungen sind vielleicht nicht mehr so einfach wie in den letzten Jahren. Aber wenn wir von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit überzeugt sind, wenn die grenzüberschreitenden Regionen ihren Willen zur Zusammenarbeit wieder verstärkt und klar äussern, dann werden sich die Hauptstädte Berlin, Paris und Bern anschließen müssen. Der Druck muss aus der gelebten Wirklichkeit, aus den Grenzregionen kommen. Denn nur mit offenen Grenzen, nur wenn die Personenfreizügigkeit erhalten bleibt, nur wenn die Dienstleistungsfreizügigkeit ausgebaut wird, sind wir als Wirtschaftsregion stark. Dazu braucht es den Oberrheinrat, dazu braucht es die Oberrheinkonferenz. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen. Herzlichen Dank.

(Applaus)

Herr HERSBERGER:

Gibt es Fragen aus dem Plenum an Guy MORIN? Nein. Dann machen wir weiter, mit bestem Dank an ihn. Wir kommen zu

Trakt. 5: Neues aus der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO)

Die Sprecherin der politischen Säule der TMO läßt es sich nicht nehmen persönlich aus Freiburg anwesend zu sein. Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat übrigens aktuell eine lesenswerte Strategie zur Zusammenarbeit mit der Schweiz erarbeitet; sie zeigt strategische Eckwerte und Potenziale auf. Jetzt aber zu Regierungspräsidentin Bärbel SCHÄFER. Herzlichen Dank, dass Sie kommen konnten!

Frau Bärbel SCHÄFER:

Herzlichen Dank für die Einladung. Ich bin natürlich sehr gerne gekommen. Es ist auch ein sichtbares Zeichen, wie eng wir alle mittlerweile zusammenarbeiten. Guy MORIN hat geendet mit der Feststellung, dass grenzüberschreitende Zusammenarbeit immer noch, immer wieder von großen Herausforderungen geprägt ist. Die letzten Monate haben es auf ganz besondere Weise gezeigt. Ich glaube, noch nie in der Geschichte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gab es am Oberrhein so umfassende territoriale und, nach den Wahlen, auch personelle Veränderungen.

Natürlich haben wir uns in den letzten zehn Jahren gefragt: Wo wollen wir eigentlich hin am Oberrhein? Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass wir eine klare Strategie brauchen sowie Ziele zur Umsetzung von konkreten Projekten, die unsere Region auch nachhaltig voranbringen. Es geht auch nur, wenn alle Akteure Hand in Hand mit den relevanten Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zusammenarbeiten, aber auch immer – das ist sehr wichtig – den Dialog mit der Zivilgesellschaft suchen. Experten nennen das die Mehrebenen-Governance. Ich glaube, die Metropolregion kann man am besten verstehen, wenn man sich die Kriterien anschaut, welche die Raumordner und Raumplaner für die Definition einer Metropolregion entwickelt haben. Es sind fünf Kriterien:

Das erste ist die zentrale politische und ökonomische Funktion. Der Oberrhein verfügt über eine hohe Konzentration an politischen Funktionen, sei es das Europaparlament, der Europarat, die Kantonsparlamente, das Bundesverfassungsgericht, die Gerichtshöfe, der Gerichtshof für Menschenrechte usw. bis hin zur Internationalen Bank für Zahlungsausgleich. Wir verfügen am Oberrhein auch über eine große Zahl weltweit global agierender Unternehmen wie Novartis, Roche, Mercedes und Peugeot. Die Region Oberrhein generiert insgesamt ein BSP von ca. 250 Milliarden Euro, das ist fast genau so viel wie das ganze Land Dänemark.

Zweites Kriterium: die Innovations- und Wettbewerbsfunktion. Der Oberrhein ist ein klarer Motor für gesellschaftliche, kulturelle und technologische Entwicklungen mit einer enorm hohen Zahl an Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Wir haben hier allein 25 Universitäten und Hochschulen sowie 167 Forschungseinrichtungen.

Das dritte Kriterium ist die *Gateway*-Funktion. Der Oberrhein ist eine – zugegebenermaßen auch noch verbesserungsfähige, das haben wir gehört – Verkehrsdrehscheibe mit internationalen Funktionen: den Flughäfen, dem Rhein, den Hochgeschwindigkeitszügen TGV, ICE usw., dem immer dichter werdenden Netz für den Individualverkehr und mit ganz wichtigen internationalen Kommunikationsknoten.

Das vierte Kriterium ist die Symbolfunktion. Der Oberrhein hat eine wichtige historische, politische, kulturelle und städtebauliche Bedeutung. Wir haben eine gemeinsame Geschichte und gemeinsame Persönlichkeiten auf die wir zurückschauen können: Humanisten wie Erasmus von Rotterdam, der Buchdruck, ein dichtes polyzentrisches Städtchen, Bibliotheken, Konzerthäuser, Museen, Kathedralen usw.

Das letzte Kriterium: Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ziehen an einem Strang. Der Oberrhein war die erste grenzüberschreitende Region, die dieses Prinzip mit der TMO und

ihren Säulen aktiv umgesetzt hat. Während in Frankreich die Eurometropole Straßburg mit den Agglomerationen Colmar und Mulhouse und in der Schweiz der Metropolitanraum Region Basel Nordwestschweiz bereits anerkannt waren, hat jetzt – das ist sehr wichtig für uns – am 9. März 2016 auf deutscher Seite die Raumordnungsministerkonferenz die Gleichstellung der grenzüberschreitenden TMO mit nationalen Metropolregionen anerkannt. Was haben wir davon? Vom Titel alleine erst mal nichts, denn er muss mit Leben gefüllt werden. Aber wir können eine größere Aufmerksamkeit im globalen Raum gewinnen, weil Metropolregionen ein weltweites Phänomen sind, und ich glaube, ORR und ORK haben hier wichtige und gute Arbeit geleistet.

Die Oberrheinregion hat auch das nötige Geld. Mit dem operationellen Programm INTERREG V haben wir ein Gesamtvolumen von 109 Mio. Euro europäische Gelder zur Verfügung, und dazu kommen noch die Schweizer Anteile aus dem NRP-Programm. Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir die Entwicklungsstrategie 2020 der TMO, die wir definiert haben, jetzt konkret mit Projekten hinterlegen können.

Besonders erfolgreich unter dem Dach der TMO ist die Säule Wissenschaft. Mit dem Verbund der Ingenieurbildenden Hochschulen am Oberrhein wurde ein Leuchtturmprojekt auf den Weg gebracht, um Forschung, Lehre und Wirtschaft noch enger zu vernetzen. Weitere Ziele dieses Netzes sind die Internationalisierung des Ausbildungsmarktes, die Stärkung der Mobilität von Studierenden und Lehrenden und die Förderung des Wissenstransfers. Unser Ziel muss sein, mit diesem wie auch mit anderen Projekten, die besten Köpfe und Konzepte am Oberrhein zu konzentrieren.

Wir haben schon gehört: Ein wahrliches Leuchtturmprojekt ist der European Campus. In diesem arbeiten die fünf EUCOR-Universitäten Basel, Freiburg, Haute-Alsace, Karlsruhe und Straßburg in Forschung und Bildung eng zusammen. Ziel ist es, etwa auch bei der Einstellung von Personal und der Öffentlichkeitsarbeit enger zusammenzuarbeiten, und die Universitäten tun das jetzt als eigene Rechtsperson. Es ist der erste EVTZ in diesem Bereich, der auch unter deutscher Steuerung laufen wird. Ziel ist natürlich auch, mehr Forschungs- bzw. Drittmittel zu akquirieren und gemeinsame Berufungen vornehmen zu können. Künftig – deshalb unterstütze ich dieses Projekt auch sehr – kann der EVTZ die Basis für weitere Projekte sein.

Wir haben ein Projekt im Blick, das ich für sehr wichtig erachte, nämlich die Großforschungsinfrastruktur am Oberrhein. Dazu braucht es eine konsensuelle Basis der Universitäten. Wir wollen im Wettbewerb der weltweit besten Köpfe, Wissenschaftler und Forscher konkurrieren können. Ich glaube, der European Campus ist ein ganz wichtiger Schritt dafür.

Erste Projekte des European Campus werden bereits über INTERREG gefördert. Mit dem Projektpartner Universität Koblenz-Landau und weiteren Projektpartnern wurde eine trinationale Graduierten-Akademie zum Thema „Risikomanagement und Risikoabschätzung“ aufgebaut. Es soll ein gemeinsames Qualifizierungsprogramm für den wissenschaftlichen Nachwuchs geben und für den Wissenstransfer mit Wirtschaft und Politik.

Mit dem Projekt „Oberrheinischer Cluster für Nachhaltigkeitsforschung“ werden ebenfalls ganz wichtige Themenfelder untersucht: Management, Entwicklung der Ressourcen, Transformationsprozesse von Technologien, Strominfrastruktur, aber auch – das möchte ich besonders erwähnen – gesellschaftlicher Wandel sowie Multikulturalität und Governance. Ich denke, im Hinblick auf die aktuelle Einwanderungssituation ist es ganz wichtig, im Sinne von Nachhaltigkeit auf diese Prozesse zu schauen.

Erwähnenswert in der TMO ist ausserdem ein mittlerweile schon bewährtes und europaweit einzigartiges Projekt. Erstmals 2011 bis 2015 haben wir erfolgreich die „Wissenschaftsoffensive“ durchgeführt. Wir fördern damit grenzüberschreitende Vorhaben der anwendungsorientierten Forschung. Ziel ist es, die Hochschulen, Forschungseinrichtungen und KMU für einzelne Projekte stärker miteinander zu vernetzen. Entscheidend ist der Anreiz: Zusätzlich zur INTERREG-Förderung von 50% erhalten die Projektträger 20-30% Fördermittel von den regionalen Partnern der Wissenschaftsoffensive (max. 250.000 Euro).

Aktiv ist natürlich auch die Säule Wirtschaft der TMO. Im Bereich Arbeitsmarkt wurden gemeinsam mit den Kammern zwei wichtige Projekte auf den Weg gebracht. Das eine INTERREG-Projekt „Erfolg ohne Grenzen“ soll jungen Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt auf beiden Seiten des Rheins ermöglichen. Bisher konnten wir ungefähr 210 junge Menschen in Arbeits- und Ausbildungsverträge bringen; 80 Verträge sollen im Moment noch in der Pipeline sein. In die gleiche Richtung zielt das Projekt „Eurodistrikt Straßburg-Ortenau – ein 360° offener Arbeitsmarkt“.

Eine Vereinbarung zwischen den Säulen Wirtschaft und Wissenschaft sieht nach der Strategie 2020 der TMO auch eine intensive gemeinsame Arbeit im Bereich des Technologietransfers vor. Ziel ist es, die Erkenntnisse aus der Welt der Wissenschaft in die Welt der Wirtschaft zu bringen und umgekehrt, d.h. dass wir hören, was brauchen die Unternehmen in der Region an Forschungspotenzialen? Nur so können wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen stärken. Wir prüfen aktuell die Realisierbarkeit einer „Offensive Technologietransfer“ gemäss Vorbild der Wissenschaftsoffensive.

Jetzt zur Säule Zivilgesellschaft. Ganz besonders liegt uns der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern am Herzen und es ist schon eine gute Tradition der letzten Jahre geworden, ein Mal im Jahr einen großen Bürgerdialog zu veranstalten. Der nächste, der sechste, findet am 17. September dieses Jahres statt, turnusgemäß wieder im Regierungspräsidium Freiburg. Wir werden mit den Akteuren über Erfahrungen, Möglichkeiten und Perspektiven in Bezug auf neue Bürgerbeteiligungs- und Begegnungsprojekte am Oberrhein sprechen.

Finanziell wurden Bürgerprojekte schon bisher unterstützt. In Zukunft wird es aber ein bisschen mehr Geld geben; wir werden mithilfe der EU künftig 60% der Kosten kofinanzieren können. Auch die Abwicklung wird ein bisschen einfacher; das war natürlich großer Wunsch aller. Die Mittel fließen künftig direkt von der Projektverwaltung an die Projekte. Bei der nächsten Sitzung wird der INTERREG-Begleitausschuss, dessen Vorsitz ich haben darf, rund 1,2 Mio. Euro für Projekte zur Verfügung stellen. Ich möchte Sie bitten, in Ihren Wahlkreisen für Bürgerprojekte zu werben und die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Engagement zu unterstützen.

Zur Säule Politik und der Zusammenarbeit der Gremien: Zunächst, lieber Herr Präsident HERBERGER, eine Anmerkung zum neuen Internet-Auftritt des Oberrheinrates. Da finden sich nun neben den Resolutionen die Stellungnahmen der Regierungen und weiteren Akteuren, und z.B. auch die Protokolle. Es war Ihre Initiative. Ich möchte mich dafür herzlich bedanken; es ist ein gutes Beispiel für Transparenz. Denn wir können Bürgerinnen und Bürger nur einbeziehen, wenn sie auch wissen, was wir überhaupt machen.

Die Hauptaufgabe der politisch Verantwortlichen ist es, Projekte zu initiieren, zu koordinieren und natürlich zu unterstützen. Zentrale Herausforderung bleibt die beim letzten Treffen der Präsidien von ORR und ORK vereinbarte Verknüpfung der grenzüberschreitenden Arbeit beider Gremien. Präsident RICHERT hatte im November darüber berichtet und Helmut HERBERGER hat heute auch nochmals wichtige Schritte genannt.

Persönlich liegt mir auch am Herzen, was bisher noch ein bisschen gehakt hat; ich hoffe, wir kommen jetzt weiter. Ein ganz pragmatischer Schritt der Zusammenarbeit könnte durch die Installierung einer Geschäftsstelle für den ORR erfolgen. Wenn diese Person räumlich in Kehl sitzen würde, wo wir das gemeinsame Sekretariat der ORK haben, glaube ich, dass wir uns auf der operativen Ebene auf ganz einfache Art und Weise eng abstimmen könnten. Deshalb lassen Sie mich an dieser Stelle an die Landtage von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg appellieren sowie an die Vertreterinnen und Vertreter, die heute anwesend sind, dass wir einen neuen Anlauf nehmen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Eine Metropolregion funktioniert nur, wenn Menschen sich stark mit ihrem Lebensraum identifizieren, gerne dort leben und arbeiten. Wie so oft im Leben braucht es dazu den Rahmen, aber auch Vorbilder. Eine Metropolregion lebt von Personen, die diese Idee sichtbar vertreten und Projekte vorantreiben. Deshalb werde ich die Säulenvertreter Politik demnächst zu einer Sitzung einladen und werde Sie auch

bitten Themen einzubringen, zur Governance und insgesamt der Verbesserung der Koordination.

Ich freue mich bereits darauf, die Arbeit mit Ihnen fortzusetzen. Gerade die vom Volk gewählten Mitglieder des ORR sind unverzichtbar, wenn es darum geht grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten. Vielen Dank.

(Applaus)

Herr HERSBERGER:

Besten Dank. Gibt es Fragen an Regierungspräsidentin SCHÄFER? Nein. Dann leite ich gleich über zum nächsten Punkt.

Trakt. 6: Die französische Territorialreform – hat sie Auswirkungen auf die Zusammenarbeit am Oberrhein?

Eigentlich war dieses Traktandum einmal ein Sonderthema. Es scheint aber, dass wir von Plenarsitzung zu Plenarsitzung froh sind, über den aktuellen Stand informiert zu werden. Herr PFLIEGERSDOERFFER, wir freuen uns auf Ihre Ausführungen.

Herr PFLIEGERSDOERFFER:

Danke Herr Präsident, meine Damen und Herren, Rätinnen und Räte, Sie haben mit Recht der allgemeinen Frage der französischen Territorialreform eine spezifische hinzugefügt, nämlich: Wird das Folgen für die Zusammenarbeit am Oberrhein haben? Ich könnte die Frage leicht vorweg mit Nein beantworten. Ich ziehe aber den Versuch vor, es Ihnen zu beweisen.

Zum Ersten, indem ich hervorhebe – und das wird jeder verstehen, vor allem die Vertreter der Politik – dass bei einer Reform zwangsläufig eine Anzahl unterschiedlicher Meinungen zum Ausdruck kommen. Aber in der Tat hat die Gebietsreform heftige Diskussionen ausgelöst und gerade im Elsaß auch affektive Dinge berührt. Wir dürfen auch mit einem Augenzwinkern hinzufügen: Wenn in Frankreich eine Entscheidung gefällt ist, heißt das noch längst nicht, dass die Debatte abgeschlossen ist.

Ich erläutere die französische Gebietsreform nicht zum ersten Mal. Dabei möchte ich Sie bezüglich einiger Dinge beruhigen und Ihnen vor allem unsere Vorgehensweise in großen Zügen schildern, denn es geht vorwiegend um ein Vorgehen. Wenn Sie gestatten, möchte ich zuvor noch einen ehemaligen Minister hier begrüßen, war er doch mit der Dezentralisierung in Frankreich beauftragt und weiß, wie langwierig diese Verfahren sich in unserem Land gestalten! Es ist auch eine Reform unter vielen, selbst wenn wir über diese jüngste am meisten diskutiert haben, weil sie alles, was seit vier Jahren geschehen ist, zusammenfaßt. In den vergangenen vier Jahren gab es mehrere wichtige Stufen. Gewiss schließe ich mich dem an, was Bärbel SCHÄFER gesagt hat. Die erste Stufe war die Anerkennung der Metropolregion an sich, nicht zuletzt auch in Frankreich. Es wurden Überlegungen angestrengt, um die genauen Ausmaße dieser Regionen zu bestimmen und besonders über die Anerkennung der Metropolregionen innerhalb der territorialen Gliederung unseres Landes. Das geschah im Januar 2014 über ein spezielles Gesetz.

Dann kam im Januar 2015 ein Gesetz über die Festlegung der Grenzen von Regionen und Departements und schließlich das Gesetz mit dem Titel „Territoriale Organisation der Republik“. Wir kürzen es ab als Loi Notre; wobei das Wort *notre*¹ sehr interessant ist. Wir hoffen natürlich, dass alle sich dieses Gesetz zu eigen machen werden. Die Grundgedanken sind recht eindeutig und wurden zu Anfang (fast) über die gesamte Breite des französischen politischen Spektrums gutgeheißen. Womöglich bestand der Wille, größere, im Hinblick auf

¹ Die Abkürzung „Notre“ steht für NOTRe: Nouvelle Organisation Territoriale de la République. Sie ist aber auch gleichlautend mit „nôtre“: das Unsrige.

Europa gewichtigere Regionen zu schaffen – ich würde beinahe sagen vergleichbar mit der Skala, die wir durch Zusammenarbeit und Partnerschaften erfahren hatten. Grundgedanke war auch die Vereinfachung. Wir sind ein zentralisiertes Land, das zwar allerlei Befugnisse an die regionale und lokale Ebene abgetreten hat, aber dabei insbesondere im Laufe des letzten Jahrhunderts immer wieder neue Verwaltungsstufen ins Leben gerufen hat. Wir empfinden das immer wieder als eine Ursache von Schwierigkeiten in einer Zeit, wo die öffentlichen Entscheidungswege doch verkürzt werden müssen.

Letztlich muss noch etwas, das ganz Europa belastet, erwähnt werden, nämlich die Frage der öffentlichen Gelder und staatlichen Hilfen an die Gebietskörperschaften. Ich überlasse es einem jeden, hier selbst zu entscheiden, ob die gewollte Vereinfachung ein Erfolg ist und ob es sich lohnt großflächigere Regionen zu schaffen. Wie auch immer, zum heutigen Zeitpunkt sind im Zuge der Gebietsreform die Ausmaße unserer Gebietskörperschaften bereits tief verändert worden, seien es die Regionen oder die Departements, vor allem wenn es um das Wirken der Departements und die lokale oder territoriale Ausstrahlung geht. Sie wissen es aber selbst: die Gemeinden und Gemeindezweckverbände bleiben davon nicht unberührt, wobei einige sich vor kurzem zusammengeschlossen haben.

Die gesamten Reformmaßnahmen verändern zwar den Tätigkeitsbereich der Regionen, der Departements, der Gemeinden und der Metropolen, berühren den Wirkungsbereich der dezentralen Zusammenarbeit aber nicht. Der Gesetzgeber hat es nicht für zweckmäßig gehalten, den Tätigkeitsbereich der Gebietskörperschaften stark zu differenzieren. Das erklärt auch – ich beantwortete hiermit eine Frage, die mir heute morgen im Vorstand gestellt wurde – warum wir im Oberrheinrat mit verschiedenen Verwaltungsstufen und Gebietskörperschaften vertreten sind. Jede französische Gebietskörperschaft, sei es eine Region, ein Departement, eine Gemeinde oder ein Gemeindeverband, ist befugt, eine internationale Politik oder eben Kooperationspolitik grenzüberschreitender Art zu betreiben. Und das machen wir nicht um mehr Chaos zu provozieren. In der Begrüßung wurde das Schaffen eines Adrien ZELLER in Erinnerung gerufen. Es war genau sein Wunsch, dass die elsässischen Gebietskörperschaften Mittel und Wege finden, um zusammenzuarbeiten.

Im Ergebnis sind wir heute mit zehn Vertretern der Region Grand Est hier vertreten. Dann kommen hinzu Vertreter für jedes der zwei elsässischen Departments (Haut-Rhin und Bas-Rhin) und weiter vier Vertreter für den Verband der Bürgermeister beider Departements. Bei dieser Vertretung von Bürgermeistern wurden die Städte Mulhouse, Straßburg und Colmar sozusagen bestimmt als repräsentationspflichtig innerhalb des ORR.

Welches sind die Hauptmerkmale dieser Gebietsreform? Die Diskussion hat sich eingehend mit der sog. allgemeinen Kompetenzklausel befaßt. Bisher war es so, dass jede der großen Gebietskörperschaften, die Region oder die Departements die Möglichkeit hatten, in ganz verschiedenen Bereichen tätig zu werden. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Es gibt von nun an Gebietskörperschaften, die spezialisiert sind. Die Region ist zuständig für die wirtschaftliche, soziale, gesundheitliche, kulturelle und wissenschaftliche Entwicklung, auch für die Raumordnung und die Stadtpolitik. Das Departement dagegen ist zuständig für die Umsetzung von Präventionsmaßnahmen, Vorsorge für schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen, soziale Entwicklung, Aufnahme, Selbstverwaltung und verwaltet einen Teil der damit verbundenen öffentlichen Für- und Vorsorgeeinrichtungen. Sinn und Zweck werden somit verständlich, es geht auch um Ausstattungen und die Rollenverteilung im Schul- und Erziehungswesen.

Für den Oberrheinrat von besonderem Interesse ist die Tatsache, dass von nun an ein oder mehrere Regionalversammlungen die Möglichkeit haben, ihren Einfluß auf die öffentliche Beratung von Gesetzen geltend zu machen, indem sie bezüglich Gesetzesvorlagen oder geplanten Vorschriften beim Premierminister oder beim Präfekten Einspruch erheben können.

Die Region wird durch die aufgeführten Zuständigkeiten in Bereichen verstärkt, die bisher nicht zu ihrem Monopol gehörten. Ich möchte zwei Dinge hervorheben, anknüpfend an das, was Guy MORIN und Bärbel SCHÄFER gesagt haben, nämlich Raumordnung und

Wirtschaftsentwicklung. Was Raumordnung angeht, wird die Region nunmehr die Verpflichtung haben eine schriftliche Vorgabe zu erarbeiten. Die Abkürzung erspare ich Ihnen. Es handelt sich um einen Regionalplan für Raumordnung, ländliche Entwicklung und Gleichstellung der Gebiete. Selbstverständlich sind Fragestellungen wie Nachhaltigkeit und Verkehrswesen darin enthalten.

Weiter gibt es einen Regionalplan für Wirtschaftsentwicklung, Innovation, Internationalisierung. Dabei geht es um die Unterstützung von Unternehmen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie die von Ihnen erwähnte Förderung von Forschung, Innovation und Hochschulen. Als ich zu Anfang sagte, dass ich Ihre Frage einfach mit Nein beantworten könne, weil sich nichts ändert, möchte ich an dieser Stelle sagen, dass sich tatsächlich nichts ändert, weil wir bereits beschlossen hatten, im bisherigen Format weiterzuarbeiten, also als Städte, Gemeinden, Departements und Regionen. Wir liegen eindeutig in einer Kontinuität. Jenseits aber von dem, was ich Ihnen hier normativ, vorschriftsmäßig beschreibe, gibt es noch einen anderen Aspekt, den man mitberücksichtigen muss, wobei ich den Hinweis auf Philippe RICHERT wohl verstanden habe. Es geht aber nicht nur um die Entfernungen, sondern auch um den Terminkalender. Da ich aus einem Land komme, das bedeutend zentralisierter ist als die Schweiz oder Deutschland, bitte ich Sie mir zu glauben, wenn ich Ihnen sage, dass dieser Terminkalender oft kaum mit den Gebietskörperschaften abgesprochen werden kann. Sie sehen ja selbst wie kurz die Zeitfristen gewesen sind, sowohl bei unseren Wahlen als Regional- und Kommunalpolitiker wie für die äußerst rasche Abstimmung über den Haushaltsplan der neuen Großregion. Aber die Botschaft werden wir nichtsdestoweniger überbringen, Herr MORIN.

Nicht nur die neue Gebietskörperschaft wandelt sich, sondern auch unsere gesamten Partner sind in einer tiefgreifenden Reform begriffen und müssen sich im Hinblick auf die neue Region neu orientieren; die staatlichen Dienststellen, aber auch die Industrie und Handelskammern und die Zivilgesellschaft. Ein Großteil der Zivilgesellschaft hängt vom Bestehen der Bürgervereine ab, die sich für Fragen der nachhaltigen Entwicklung oder z.B. für Sportbelange einsetzen. Auch das Vereinswesen muss sich neu ausrichten.

Wie sieht also jetzt diese neue Region aus, wie zeichnet sie sich ab? Kurz gesagt, sie zählt nun 57.434 km², 5,5 Mio Einwohner und vor allem 760 km Grenze. Wir haben nicht mehr die Exklusivität des Dialogs – auf jeden Fall nicht die elsässischen Politiker – mit unseren Kollegen vor allem im Saarland, aber auch nicht mehr mit den Luxemburgern und Belgiern. Wir sind nun eine klar europäische Region, die europäischste Frankreichs. Im innerfranzösischen Vergleich des BIP liegt der Anteil unserer Region am höchsten. Wir haben 160.000 Grenzgänger und wir müssen uns darum kümmern, wie diese Zugang zu den blühenden Arbeitsmärkten in der Schweiz, in Deutschland, Luxemburg und womöglich in Belgien finden können.

Natürlich ist dieser Zugang mit wichtigen Fragestellungen verbunden, nämlich mit Ausbildung und Sprache, Infrastrukturen etc., alles zentrale Elemente im Wirkungskreis der neuen Region. Ich erwähnte Philippe RICHERT und seinen Terminkalender. Vor wenigen Tagen haben wir über das Budget der neuen Region abgestimmt. Es geht um zentrale Bereiche wie grenzüberschreitende Arbeit und Sprachförderung, besonders für das Erlernen der deutschen Sprache, aber nicht nur für jene Departements, die einen unmittelbaren Grenzkontakt zu Deutschland haben. Ich habe mir die glänzende Wortmeldung eines Kollegen aus dem Departement der Haute-Marne gemerkt, der sagte: „Für uns ist es lebenswichtig, dass wir Deutsch schon im Kindergarten lernen.“ Zentral sind auch die Verkehrsinfrastrukturen mit der wichtigen Frage der Eisenbahnknotenpunkte. Indem sich der Oberrheinrat mit diesen Fragestellungen für den Oberrhein befasst, ist er sozusagen Vorreiter. Hinzu kommen Fragen der sanften Mobilität, auch in Verbindung mit dem Rhein.

Ich möchte mit einer Vorausschau abschließen. Es hat sich die Frage gestellt, ob die Territorialreform unseren Horizont geografisch beeinträchtigen wird. Das wird nicht der Fall sein, aus verschiedenen Gründen. U.a., weil INTERREG-Geldmittel bereitstehen; sie werden mindestens bis 2020 im heutigen Umfang fortgesetzt werden. Es ist zu keinem Zeitpunkt die Rede davon gewesen, diesen Umfang in Frage zu stellen. Ich würde sogar behaupten: diese

Programme sind das Ergebnis täglicher Entscheidungen! Es handelt sich aber auch um Gedächtnispflege und es kommt für uns nicht in Frage, an ihr zu rütteln. Im Gegenteil, wir wollen unsere gemeinsame Geschichte pflegen und zukunftsorientiert nähren. Vor einigen Tagen war ich in Brüssel, um mich in etwa mit den gleichen Fragestellungen zu beschäftigen. Ich schließe nicht aus, dass die Europäische Kommission diesen Umfang für die Zusammenarbeit auch nach 2020 beibehält, weil es Sinn macht. Wir werden auf ebenso sinnvolle Weise diese Größenordnung auf die anderen geografischen Räume anwenden, aber die Programmregion sollte so bleiben wie sie derzeit ist. Zumal sie durch ein staatliches Übereinkommen festgelegt wurde, wie Sie wissen.

Ich möchte demnach abschließend sagen, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für uns vorrangig ist und bleibt. Sie entspricht wirklich der von Philippe RICHERT und seiner Mehrheitsfraktion in der neuen Regionalversammlung Grand Est eingeschlagenen Richtung. Wir haben wohl vernommen, dass Sie sehr besorgt sind, ob wir weiterhin so eng mit Ihnen zusammenarbeiten werden. Ich kann Ihnen sagen, dass es unser fester Wille ist und wir uns im Hinblick auf dieses Programm in demokratischer Weise den Wahlen unserer Mitbürger gestellt haben. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Applaus)

Herr HERSBERGER:

Danke, Frédéric PFLIEGERSDOERFFER. Wir werden versuchen, die Opportunitäten zu nutzen und die allfälligen Schwierigkeiten elegant zu lösen. Dazu brauchen wir aber Ihre Mithilfe. Herzlichen Dank!

Mit Blick auf die Uhr müssen wir etwas diszipliniert vorgehen. Wir kommen nun zu

Trakt. 7: Bericht zu laufenden Resolutionen

Wir haben auf die drei im November 2015 verabschiedeten Resolutionen sieben Stellungnahmen erhalten. Sie wurden Ihnen zugestellt. Es geht um

- die Resolution Begleitetes Fahren ab 17 Jahren, die nur zwei Länderdelegationen betrifft, nämlich Frankreich und Deutschland.
- die Resolution Einfacherer Zugang von Patienten zu medizinischen Spezialbehandlungen am Oberrhein, die primär die französische Seite von der Nutzung her betrifft, von der Angebotsseite her auch Deutschland und die Schweiz.
- und schliesslich die Resolution Grenzüberschreitende Verkehrsprojekte am Oberrhein, im Hinblick auf das operationelle Programm INTERREG V A Oberrhein. Verkehrsprojekte sind natürlich ein Dauerthema.

Betreffend «Begleitetes Fahren ab 17» weisen mehrere Stellungnahmen darauf hin, dass die deutsche und französische Regierung an der Konferenz zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Metz vom 7.6.2015 eine Prüfungszusage abgaben. Der Vorstand hat den Vorsitzenden der Kommission Raumordnung und Verkehr mit der Abklärung beauftragt, wie hier der Stand der Dinge ist.

Gibt es von Ihrer Seite Fragen oder Ergänzungen zu den Stellungnahmen? Nein.

Dann habe ich noch eine Information nachzuliefern. An ORK-Präsident Guy MORIN und mich als ORR-Präsident wurde anfangs Jahr das Problem der Notwendigkeit eines *Certificat médical* für die Teilnehmenden gewisser Sportanlässe herangetragen. Frankreich fordert dies. Sportvereine sind sehr besorgt, so jene, die seit Jahren den grenzüberschreitenden „Weinstrassenlauf“ im Eurodistrict Pamina organisieren. Präsident MORIN und ich haben mittels eines gemeinsamen Briefs an den französischen Sportminister Patrick KANNER reagiert mit der Frage, inwiefern ein solches *certificat* für grenzüberschreitende Sportanlässe

wirklich notwendig sei. Wir haben zwei freundliche Antwortbriefe von Minister KANNER erhalten, der erste, er werde die Frage abklären, der zweite, es könnten keine Ausnahmen vom Gesetz gemacht werden. Der Vorstand hat nun Frédéric PFLIEGERSDOERFFER gebeten, zu schauen, ob es doch eine Lösung gibt. Wir geben nicht auf, ganz im Sinne der eingangs geforderten Hartnäckigkeit.

Wenn Sie einverstanden sind, ist Traktandum 7 erledigt. Wir kommen zu

Trakt. 8: Arbeiten und neue Resolutionsentwürfe der Kommissionen

Wir kommen also zum eigentlichen Herzstück unserer Sitzung. Alle Resolutionstexte sind in der neuesten Version in Ihrem Besitz. Ich möchte zuerst die zwei Resolutionen, die aus der **Kommission Wirtschaft und Arbeitsmarkt** hervorgehen, behandeln und gebe dem Vorsitzenden, Peter BRODBECK das Wort.

Herr Peter BRODBECK:

Herr Präsident, geschätzte Anwesende,
Unsere Kommission hat sich am 4. April in Colmar von Experten über die Wirtschaftssituation am Oberrhein orientieren lassen. Wir durften zur Kenntnis nehmen, dass die gesamtwirtschaftlichen Konjunkturindikatoren in diesem Raum über dem Durchschnitt der angrenzenden Länder liegen und der Oberrhein gut aufgestellt ist. Es ist aber wichtig, dass wir die wirtschaftlichen Erfolgsfaktoren hoch halten und zu diesen Sorge tragen.

Zwei Erfolgsfaktoren bereiten uns seit einiger Zeit Sorge. Darum haben wir uns entschlossen, Ihnen zwei Resolutionen zu unterbreiten. Mit der Resolution zum EuroAirport wollen wir darauf hinweisen, dass der Staatsvertrag zwischen Frankreich und der Schweiz, der die arbeitsrechtlichen Fragen und die Frage der Besteuerung klären soll, immer noch ausstehend ist. Wir brauchen dringend eine Vereinbarung, mit der die involvierten Firmen leben können. Der EuroAirport ist ein wichtiger Motor in der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Region und es stehen viele Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Mit der zweiten Resolution wollen wir einmal mehr darauf hinweisen, dass der durchlässige, grenzüberschreitende Arbeitsmarkt bei uns am Oberrhein einen entscheidenden Erfolgsfaktor darstellt. Wir bitten deshalb den schweizerischen Bundesrat, von der besonderen Situation in unserer Grenzregion Kenntnis zu nehmen und dies bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zu berücksichtigen. Sie haben es gehört: 70.000 Grenzgänger als hochwillkommene Arbeitskräfte in der Nordwestschweiz können wir nicht einfach negieren. Ich bitte Sie im Namen des Vorstandes und der Kommission Wirtschaft und Arbeitsmarkt, diesen beiden Resolutionen zuzustimmen.

Herr HERSBERGER:

Besten Dank, Peter BRODBECK. Ich möchte die Resolutionen einzeln zur Abstimmung bringen.

Wenn Sie einverstanden sind mit der Resolution „Dringende Ausarbeitung eines Staatsvertrags F – CH für den EuroAirport“, dann bitte ich Sie die Hand zu heben.

Sie haben dieser Resolution mit großem Mehr bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Wer für die Verabschiedung der Resolution „Keine Kontingentierung für Grenzgängerinnen und Grenzgänger am Oberrhein“ ist, soll das jetzt mit Handzeichen anzeigen.

Sie haben dieser Resolution einstimmig zugestimmt.

Damit gehen wir zur nächsten **Kommission, Landwirtschaft und Umwelt** weiter. Der Vorsitzende, Daniel ADRIEN, hat das Wort.

Herr Daniel ADRIEN:

Herr Präsident, Sehr verehrte Damen und Herren, gestatten Sie, dass ich mich zunächst bei meinen Kollegen und Kolleginnen der Kommission Landwirtschaft und Umwelt für ihren Einsatz bedanke. Wir haben am 22. Februar in Colmar getagt zu den Themen Energiebilanz am Oberrhein und Aussichten zur Stilllegung von Atomkraftwerken. Welch ein Programm! Wir haben vier hochinteressante Vorträge gehört und somit Stoff für unsere Resolution erhalten.

Der erste Vortrag wurde von Herrn Dr. GLÖCKLE vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg gehalten. Er hat uns erklärt, wie Deutschland den Prozess der progressiven Stilllegung von Atomkraftwerken, der sich bis 2020 fortsetzen soll, angegangen hat. Den zweiten Vortrag hielt Frau LETOURNEL, Leiterin der Division Straßburg der französischen Behörde für Reaktorsicherheit (A.S.N.). Es handelt sich um eine wirklich unabhängige Instanz, die in ihrer Tätigkeit nur gegenüber den Mitgliedern des französischen Parlaments, der Assemblée Nationale, verantwortlich ist. Sie besitzt auch gesetzgeberische Befugnisse für alles was mit Kernkraftwerken zusammenhängt, was ich betonen möchte, um die Rolle der A.S.N. zu verdeutlichen. Sie ist es, die den Betrieb von Kernreaktoren genehmigt oder untersagt. Sie überwacht den Betreiber EDF (das EVU Electricité de France) beim Abstellen von Reaktoren, ihre Neubeladung oder anderes, sie informiert auch die Bevölkerung und steht den Behörden bei Störfällen – die wir natürlich nicht wünschen – zur Seite. Insgesamt führt sie etwa 2.000 Inspektionen pro Jahr durch und erteilt mehr als 3.000 Genehmigungen. Sie organisiert auch großangelegte Katastrophenübungen. Ich habe Ihnen das alles aufgezählt, damit Sie die Rolle der A.S.N. verstehen und auch, wie ernst wir sie in Frankreich nehmen.

Der dritte Vortrag wurde von Herrn MULLER gehalten, der Ingénieur für erneuerbare Energien bei der französischen Behörde für Umwelt und Energiewirtschaft ADEME ist bzw. bei der Regionaldirektion Elsaß-Champagne-Ardenne-Lothringen. Er hat uns die Ergebnisse einer Studie über Potenzial und Ausbaufähigkeit der Erneuerbaren im Elsaß bis 2050 vorgestellt. Diese Studie, die sich wohlbemerkt lediglich auf das Gebiet des Elsaß bezieht, zeigt, dass wir 2012 einen Energieverbrauch von 61 Terawattstunden hatten, wovon 21% durch Erneuerbare gedeckt wurden. Wir sehen, dass bei 21% noch ein deutliches Verbesserungspotenzial vorhanden ist.

Laut ADEME müssen wir uns in Zukunft anstrengen, vor allem die Energieverluste bei Gebäuden zu vermeiden und den Verbrauch zu reduzieren. Angesichts dieser Notwendigkeit hat die ADEME drei Szenarien ausgearbeitet: Das erste ist sehr durchgreifend, das zweite berücksichtigt die Tendenzen und das dritte entspricht einer optimalen Energiewirtschaft. Es wäre sicherlich erforderlich, die verfügbaren Energieressourcen für jeden Wirtschaftssektor festzulegen bzw. für den Wohnbau, den Zweckbau, die Industrie, die Landwirtschaft, den Verkehr und jeweils alternative Szenarien zu entwerfen.

Der letzte Vortrag von Herrn WALTER, stellvertretender Generaldirektor in der Direktion Umwelt und Lebensbedingungen, hat uns drei ausführliche Kartenwerke über unsere Stromerzeugungskapazitäten am Oberrhein vorgestellt. Er sagte abschließend, dass die genaue Gesamtzahl aller Energiekraftwerke nicht erfaßt sei und es deshalb dienlich wäre, eine grenzüberschreitende Karte aller Kraftwerke am Oberrhein zu erstellen. Und zwar mit Angabe der mittelfristig geplanten sukzessiven Schließungen, sodass die daraus entstehenden Energieversorgungslücken geschätzt werden können.

Diese Präsentationen haben der Kommission auf interessante und problembezogene Weise die Frage der Energiebilanz am Oberrhein ins richtige Licht gerückt, natürlich mit Blick auf die mögliche Stilllegung von Kernkraftwerken. Bei diesem Thema ist es von grundsätzlicher Bedeutung, dass man den Oberrhein als eine Gesamtheit betrachtet und nicht ein einzelnes Land ins Visier nimmt. Somit sollten wir in der Lage sein, einen neuen Energieversorgungsplan für unseren gesamten Raum aufzustellen. Betreffend der Entwicklung einer grenzüberschreitenden Kreislaufwirtschaft, um die Wiederverbenutzung von weggeworfenen Materien durch andere Akteure zu fördern, haben wir gesehen, dass die verschiedenen Länder mehr oder weniger Voraus bzw. im Verzug sind.

Im Anschluß hat die Kommission Landwirtschaft und Umwelt die vorliegende Resolution über nachhaltige Entwicklung erarbeitet. Es handelt sich um das Ergebnis von verantwortungsbewußten und achtsamen Überlegungen. Verantwortungsbewußt insofern, als wir uns mit der Zukunft unserer Energieversorgung befassen müssen und achtsam, weil es wichtig ist, dass wir jedes Land mit seinen spezifischen Merkmalen achten.

Herr ADRIAN liest die Resolution im Wortlaut vor.

Herr HERSBERGER :

Besten Dank, Daniel ADRIAN. Gibt es zur Resolution Fragen? Das scheint nicht der Fall.

Ich habe eine Zusatzinformation. Wir haben im Vorstand auch den Entwurf einer Resolution diskutiert, in der es um den „Austausch von Know-how beim Rückbau und Ersatz industrieller Produktion bei der Konversion von Atomkraftwerken am Oberrhein“ geht. Wir sind zur Überzeugung gelangt, dass dieses Thema genauer abgeklärt werden muss und haben es der Kommission Landwirtschaft und Umwelt übertragen. Wenn Sie also zu diesem Thema Ihren Input geben wollen, so wenden Sie sich an jene Kommission. Die Resolution sollte an der nächsten Plenarversammlung vorliegen.

Nun zur Abstimmung. Wer für Überweisung der Resolution „Die nachhaltige Entwicklung am Oberrhein“ ist, sollte jetzt die Hand erheben.

Sie haben der Resolution zugestimmt bei 4 Enthaltungen.

Jetzt möchte ich das Wort Christoph SCHNAUDIGEL übergeben, der uns über die Arbeit und eine weitere Resolution aus seiner **Kommission Raumordnung und Verkehr** orientiert.

Herr Christoph SCHNAUDIGEL:

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns insbesondere mit Fragen der nationalen Verkehrsplanungen beschäftigt und hierzu eine Resolution erarbeitet, die Ihnen vorliegt. In dieser Resolution haben wir zum einen noch einmal die Bedeutung des grenzüberschreitenden Verkehrsraums im Oberrheingebiet darzustellen versucht. Aus aktuellem Anlass haben wir aber auch eine Stellungnahme erarbeitet zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben insbesondere um Ergänzung gebeten für vier Massnahmen, die unserer Auffassung nach vordringlich bearbeitet werden sollten.

Das ist insbesondere – Sie entnehmen es der Resolution – bei den Schienenverbindungen der Ausbau der Schiene Molzau-Karlsruhe (das ist nördlich von Karlsruhe), dann auch die Appenweierer Kurve (das ist die Ost-West-Tangente) und auf Anregung vom südlichen Teil die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke Basel-Erzingen und im Straßenbereich der 6-spurige Ausbau der A5 Offenburg-Freiburg Mitte. Wir haben in der Resolution auch Verkehrsprojekte wieder aufgenommen, die uns schon in der Vergangenheit beschäftigt haben, insbesondere der Bahnschluss des EuroAirports, über den wir schon öfters diskutiert haben, oder die Bedeutung des östlichen Zweigs des TGV Rhin-Rhône für unsere Region.

Offen ist noch, der Herr Präsident hat es angesprochen, das Thema begleitetes Fahren. Wir haben nachgehakt, aber das Nachhaken hat noch nicht dazu geführt, dass die Ministerien mit dem Prüfauftrag, den sie haben, zu einem Ende gekommen sind. Wir hoffen, dass wir darüber beim nächsten Mal berichten können.

Offen ist auch noch das Thema Lkw-Raststätte Ottmarsheim (Umwandlung der früheren Zollabfertigung an der A 36 in eine Park- und Rastanlage), das in der letzten Resolution „Verkehrsprojekte am Oberrhein im Hinblick auf INTERREG V“ aufgenommen wurde. Wir haben noch keine Antwort der Landesregierung Baden-Württemberg. Ich habe das Thema nochmals aufgenommen und den Ministerpräsidenten persönlich angeschrieben, ob es nicht doch möglich wäre, über INTERREG-Mittel ein Verkehrsleitsystem von der A5 zum Lkw-Rastplatz Ottmarsheim zu installieren.

Herr HERSBERGER:

Gibt es Fragen an Herrn SCHNAUDIGEL? Dann bringen wir die Resolution „Gemeinsamer Verkehrsraum Oberrhein“ zur Abstimmung.

Sie haben diese Resolution einstimmig überwiesen.

Herzlichen Dank. Die **Kommission Kultur – Jugend – Ausbildung** unter dem Vorsitz von Barbara SCHLEICHER-ROTHMUND hat ausnahmsweise nicht getagt.

Damit kommen wir zu

Trakt. 9: Neue Resolutionen des Vorstands

Der Vorstand legt Ihnen eine Resolution „Grenzüberschreitende Katastrophenhilfe am Oberrhein“ vor; sie befindet sich in Ihrem Besitz. Es ist ein Thema, das mir sehr am Herzen liegt und ich hatte es schon in meinem ersten Präsidialjahr 2012 aufgenommen. Nachdem ich Ihnen Ausdauer und Hartnäckigkeit verordnet habe, sollte ich mich selbst daran halten und bringe deshalb das Thema noch einmal. Es geht nicht darum, bisherige Tätigkeiten zu kritisieren, sondern den Notfall grenzüberschreitend vorzubereiten, solange wir noch nicht im Notfall sind.

Bemerkenswert ist – nach meiner Erinnerung ist es das erste Mal – dass eine erste schriftliche Reaktion bereits vorliegt, noch vor der heutigen Behandlung im Plenum. Die Stellungnahme kommt vom Regierungspräsidium Freiburg. Da Regierungspräsidentin Bärbel SCHÄFER selber anwesend ist, würde ich ihr gerne, wenn sie das möchte, das Wort geben.

Frau Bärbel SCHÄFER:

Danke schön. Ich möchte die Resolution nicht kommentieren; das steht mir als Gast nicht zu. Ich möchte nur ein paar ergänzende Anmerkungen machen, weil es mir wichtig ist, in der Öffentlichkeit nochmals deutlich zu machen, dass auf der einen Seite – und deshalb ist die Resolution auch unterstützenswert – noch viel Arbeit vor uns liegt, dass wir aber auf der anderen Seite auch schon einiges getan haben.

Wir haben einen ständigen grenzüberschreitenden Austausch, was die Katastrophenhilfe angeht. Das sind nicht nur die ständigen Kommissionen, die tagen, sondern auch die Übungen. Wir hatten zuletzt im Herbst 2015 mit den Schweizern zusammen eine Gesamtnotfallübung mit dem Kernkraftwerk Gösgen. Es gibt aber noch kein großflächiges Evakuierungskonzept für alle anreihenden Staaten miteinander. Das kann es noch nicht geben; es braucht zunächst eine Evakuierungsplanung der einzelnen Länder und die gibt es in der Weise noch nicht. Es ist im Moment aber viel Bewegung drin. Nach dem fürchterlichen Reaktorunfall in Fukushima sind alle drei Länder daran – und haben auch vom Grundsatz her entschieden – die Evakuierungszonen zu erweitern (die Zentralzone von 2 km auf 5 km, die Mittelzone von 10 km auf 20 km). Daran arbeiten alle Länder, besonders Baden-Württemberg ist dabei, das in die Praxis umzusetzen.

Dann möchte ich ausdrücklich erwähnen: Wir haben ein Forschungsprojekt „Grenzüberschreitende Evakuierung am Beispiel Deutschland-Schweiz“ in die Wege geleitet. Das Ziel ist es genau, eine Modellplanung zu erstellen im Falle einer grenzüberschreitenden Großschadenslage. Wenn das Projekt gut läuft, werden wir auch ganz konkrete Checklisten, administrative Einsatzpläne in verschiedenen Bereichen, Verkehrsplanungen, Warnung und Information der Bevölkerung usw. haben. Geplant ist dann, die Ergebnisse dieses Projektes in eine gemeinsame Notfallübung zwischen Deutschland und der Schweiz einzubinden.

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis zum Thema Funknetz. Meine Mitarbeiter, die an diesen Übungen teilnehmen, sagen mir, das Funknetz sei im Moment nicht das oberste Problem. Denn es sei geregelt, dass die Feuerwehr- und Rettungstechnischen Einsatzkräfte mit jeweiligen Verbindungspersonen im Nachbarland präsent sein können. Das ist wohl staatsvertraglich geregelt. Die gewährleisten dann, dass der jeweilige Landesfunk aufeinander abgestimmt ist.

Wir müssen genau hingucken, was es braucht und müssen uns gut koordinieren. Aber es ist nicht so, dass noch nichts in die Wege geleitet ist. Vielen Dank.

Herr HERSBERGER:

Besten Dank für diese Ergänzungen. Es ist erfreulich, wenn die Bereitschaft da ist, die Ist-Situation genau anzuschauen und auch zu verbessern.

Gibt es Anmerkungen Ihrerseits? Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer der Resolution „Grenzüberschreitende Katastrophenhilfe am Oberrhein“ zustimmt, soll bitte das Handzeichen geben.

Sie haben diese Resolution einstimmig überwiesen.

Herzlichen Dank. Wir versuchen zeitnah, eine Medienmitteilung zu den wichtigsten Forderungen des Oberrheinrates zu verschicken. Jetzt kommen wir bereits zu

Trakt. 10. Varia

Ich sehe mit Schrecken, dass mein Aufruf zur disziplinierten Beratung zu stark gegriffen hat. Aber erstens macht es nichts, wenn wir früher fertig sind und zweitens besteht nun für alle die Möglichkeit, neue Themen oder Fragen aufzubringen.

Sie scheinen fraglos glücklich zu sein. Dann möchte ich hiermit die Plenarversammlung schließen mit dem Hinweis, dass die nächste Sitzung am **Freitag, 9. Dezember in Liestal** (Schweiz, Basel-Land) stattfindet und Sie sich zwischen 9.30 Uhr und 14.00 Uhr frei halten sollten.

An Sitzungsterminen ist erst jener der Kommission Raumordnung und Verkehr bekannt: 7. Oktober.

Dann möchte ich diese Plenarversammlung wirklich schließen und Sie zum vom Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt offerierten Apéro riche im Vorzimmer des Grossratssaals einladen.

Danke für die speditive Behandlung!

(Applaus)